5|22 September/ Oktober

PRO LIBERTATE

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Marcel Bieri
Kassier der Schweiz. Vereinigung
PRO LIBERTATE, Zollikofen BE
kassier@prolibertate.ch

Ich habe die Nase voll...

…von übertriebenem Klima-Geschwafel, von Energiewende-Phantasien, von der Elektroauto-Masseneuphorie und neuerdings kulturellen Aneignungen. Und es gefällt mir nicht, mir von pubertierenden Kindern vorschreiben zu lassen, was ich bisher alles falsch gemacht habe. Genauso habe ich es satt mit anzusehen, wie die deutsche Sprache verschandelt wird.

Ich finde es auch unerträglich miterleben zu müssen, wie die «bunte Gesellschaft» zunehmend Recht und Sicherheit missachtet. Das ist nicht mehr meine Heimat «Schweiz» wie sie einst war. Aber ich hoffe, dass wir zurückkehren zu einer unabhängigen, selbstbestimmten, weltoffenen, sauberen, pünktlichen, zuverlässigen Schweiz. Dazu gehört eine gut ausgebildete Armee, die unsere ganze Bevölkerung (damit auch die Armeeabschaffer!) schützt.

Ich träume weiter, aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt!

ENERGIEPOLITIK IST AUCH SICHERHEITSPOLITIK!

Vanessa Meury
Präsidentin Energie Club Schweiz

Der Ukraine-Krieg hat auf erschreckende Weise gezeigt, dass wir die Sicherheitspolitik über Jahre viel zu klein gedacht haben. Natürlich ist es wichtig, dass unser Land eine ausreichende Anzahl moderner Kampfjets hat; oder dass die Armee leistungsfähige Bodensysteme besitzt, mit denen im Ernstfall auch Wirkung erzielt werden kann. Doch ehrlich gesagt sollte man sich, angesichts der sich ändernden Sicherheitslage in Europa, auch ernsthaft Gedanken machen, ob die Armee nicht immer weiter verkleinert werden darf. Sie müsste stattdessen vergrössert und optimiert werden.

Wenn der oberste Wächter über die Stromversorgung, der Präsident der Eidgenössischen Elektrizitätskommission, Werner Luginbühl, den Schweizer Haushalten rät, ihren Kerzenvorrat aufzustocken, dann sollte es jedem einleuchten, dass wir an einem anderen Ort ein noch viel akuteres Problem haben, das sich, wenn wir Pech haben, diesen Winter schonungslos zeigen wird: Romantisch gesprochen bei Kerzenlicht und Wolldecken, weniger wohlig gesehen bei temporären Stromabschaltungen und Rationierungen mit allen wirtschaftlichen und sozialen Folgen. >>

Politik und Verwaltung haben es sträflich versäumt, die Energiepolitik als Teil der Sicherheitspolitik zu begreifen und entsprechend zu handeln. Offenbar fühlt sich hierzulande niemand so richtig verantwortlich für die Versorgungssicherheit mit Strom. Sicher: Wir haben Pflichtlager, für Weizen, Kaffee oder eben Benzin und Diesel. Einen Gasspeicher besitzt die Schweiz indes nicht. Die Gasvorräte, die wir gemäss Bundesgesetz für wirtschaftliche Landesversorgung haben sollten, liegen in Form von Heizöl vor! Somit ist es fraglich, ob Gaskraftwerke als Notlösung sinnvoll sind. Im Notfall kann deshalb der Bundesrat anordnen, dass zweistofffähige Gasturbinen mit Heizöl betrieben werden müssen. Angesichts der drohenden Gas-Mangellage schlagen jetzt die Versäumnisse der Politik – es gibt immer noch kein Gasversorgungsgesetz – und der Gasbranche (keine Gasspeicher) knallhart zurück.

Foto: pixabay.com

Dazu hätte man umgehend nach der Abstimmung über die Energiestrategie von 2017 aktiv werden müssen. Denn schliesslich war klar, dass die Umstellung auf eine Stromversorgung mit sogenannten neuen erneuerbaren Energien nicht ohne ein «Back-up» auskommt, dass auch bei Dunkelflauten zuverlässig Bandstrom liefern wird. Doch so viel Realität wollte man den Stimmbürgern wohl nicht aufbürden: Im Abstimmungsbüchlein zur Energiestrategie waren die Gaskraftwerke kein Thema, sie verschwanden vor der Abstimmung denn auch aus den offiziellen Dokumenten.

Es war also von Anfang an klar, dass wir mit der Energiestrategie nach den Prinzipien Verdrängung, Hoffnung und Import verfahren würden. Der Energie Club Schweiz (ECS) wies stets darauf hin, dass dies nicht gut kommen kann. Der Stromverbrauch in der Schweiz ist entgegen der Prognose gestiegen, nicht gesunken. Gleichzeitig ist die Importmöglichkeit von Strom politisch in Frage gestellt: Die EU will von einem Stromabkommen nichts wissen, solange die sogenannten «institutionellen Fragen» nicht geklärt sind. Aber selbst wenn dieser politische Knoten gelöst wird, ist es fraglich, ob im Winter überhaupt genügend Strom in Europa vorhanden sein wird, damit die Schweiz ihre Produktionslücke über Importe füllen kann. Aktuell läuft unser wichtigster Stromimporteur, Deutschland, selbst in eine verheerende Strommangellage. Es gibt also jenseits der Grenze schlicht keinen Strom, den man in die Schweiz liefern könnte. Auch ein Stromabkommen produziert keine einzige Kilowattstunde.

Die zunehmende Auslandabhängigkeit in den Wintermonaten wird sich rächen. Spätestens dann, wenn die verbleibenden Kernkraftwerke vom Netz gehen werden, dürfte es hierzulande zappenduster werden. Damit es nicht so weit kommt, müssen die Weichen jetzt gestellt werden. Die Versorgung mit Strom und Energie muss endlich verbindlich geregelt und die Zuständigkeiten geklärt werden. Zudem muss das unsägliche Neubauverbot für Kernkraftwerke aus dem Kernenergiegesetz gestrichen werden. Der Energie Club Schweiz hat deshalb die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» lanciert.

Wollen wir uns in Zukunft sicher mit Strom versorgen können, müssen wir technologieoffen sein und Energie- sowie Strompolitik als das begreifen, was sie am Ende ist: Sicherheitspolitik. Und dort verfährt man in der Schweiz seit jeher gemäss der Doktrin, dass wir uns nicht auf das Ausland verlassen, sondern unsere Hausaufgaben selbst machen müssen. Wir brauchen also nicht nur neue Kampfjets – sondern vor allem ausreichende zuverlässige Stromproduktion auch im Winter! +

In dieser Ausgabe

1 Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik
2 Wer weiss mehr?
3 Cannabis-Legalisierung belastet das Schweizer Gesundheitswesen
4 Russen gegen Sowjets
4 Linke Träumer
5 Sturmwarnung vor heimtückischer Gemütlichkeit
6 Angriffsziel Schweiz
7 Sold und Solderhöhung

Besuchen Sie unsere Website: www.prolibertate.ch

PRO LIBERTATE

Wer weiss mehr?

Leser Hugo Gerlach sandte uns per E-Mail das Foto von diesem Anstecker mit Aufschrift «PRO LIBERTATE» zu. Dem Vorstand ist dieser Pin leider nicht bekannt und wir können nicht verifizieren, ob ein Zusammenhang mit der Vereinigung PRO LIBERTATE besteht. Falls Sie mehr über diesen Anstecker wissen, lassen Sie es uns wissen: Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift via Telefon/SMS 079 302 10 09 oder via E-Mail an info@prolibertate.ch. +

Foto: zvg

Drogenpolitik

Cannabis-Legalisierung belastet das Schweizer Gesundheitswesen

Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin, Vorstandsmitglied der Vereinigung «Eltern gegen Drogen», Küsnacht ZH

Gemäss dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung wird weltweit immer mehr gekifft. In der EU ist der Konsum von Hanf-Drogen die Ursache für rund 30 Prozent der Drogentherapien. Das immer stärkere Haschisch und Marihuana auf dem Markt hat bei regelmässigem Konsum zu einem Anstieg von Sucht und psychischen Erkrankungen in Westeuropa geführt. Auch in Afrika und in lateinamerikanischen Ländern zeigt sich eine ähnliche Entwicklung.

Gemäss Studien der Universität Genf werden in der Schweiz pro Tag rund 750'000 Joints geraucht. Die Gefahr liegt nicht nur in der Menge, sondern auch in der Tatsache, dass Haschisch und Marihuana laut dem UNO-Bericht von Jahr zu Jahr gesundheitsschädigender werden, weil sie immer mehr THC (Tetrahydrocannabinol) enthalten. THC ist ein psychoaktiver Wirkstoff, der einen Rauschzustand erzeugt und schwere psychische Erkrankungen hervorrufen kann. In den 1960er Jahren lag der THC-Gehalt nach Angaben des «Schweizer Fachverbandes Sucht» in der Schweiz noch bei max. 3 Prozent, heute zwischen alarmierenden 10 und 20 Prozent.

Legalisierung führt ins Abseits

Weil Cannabis in der Schweiz illegal ist, sei es für die «Konsumentinnen und Konsumenten schwierig», den THC-Gehalt abzuschätzen. Die Projektleiterin des Schweizer Fachverbandes Sucht plädiert deshalb in der NZZ vom 28.6.2022 für eine Legalisierung von Cannabis: «Personen mit einem problematischen Konsum können dann mit Hilfsangeboten besser erreicht werden.»

Die Legalisierung ist der in diesen Kreisen typische Weg des geringsten Widerstandes. Ziel der Drogenlegalisierer ist nicht Suchtfreiheit und ein selbstbestimmtes Leben, nicht der Schutz der Gesunden und die Heilung der Drogenkranken, sondern Schmerzfreiheit und verschiedene Suchtprogramme. Weil das Ziel der Drogenlegalisierer falsch ist, sind auch ihre Massnahmen verfehlt.

Drogensucht fördern?

In Nordamerika wird als Folge der Legalisierung mehr Cannabis konsumiert – besonders unter jungen Leuten. Ein wachsender Anteil an psychischen Störungen (u.a. Schizophrenie) und von Selbstmorden geht laut dem UNO-Bericht auf den regelmässigen Konsum von Cannabis zurück. Auch die Spitalaufenthalte aufgrund des Drogenkonsums nehmen zu. Der grösste Schaden in Nordamerika wird weiterhin von gefährlichen Opioiden (Schmerzmitteln) angerichtet. Zu diesen heroinartigen Substanzen zählt etwa Fentanyl. Nach vorläufigen Schätzungen starben 2021 in den USA rund 108'000 Menschen an einer Überdosis, 17 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Die UNO schätzt, dass weltweit 284 Millionen Jugendliche und Erwachsene Drogen konsumieren. Mehr als 11 Millionen Süchtige spritzen sich die Rauschgifte. Die Hälfte davon ist mit Hepatitis C infiziert, 1,4 Millionen leben mit Aids. Nebst den verheerenden gesundheitlichen Konsequenzen für die Betroffenen werden die Gesundheitseinrichtungen zusätzlich massiv belastet.

Foto: pixabay.com

Wehret den Anfängen!

Auch wenn das Hauptübel die harten Drogen und Schmerzmittel sind: Nach wie vor beweisen diverse Studien, dass die sogenannt «weichen» und dennoch gefährlichen Drogen oft Einstiegsdrogen sind, die zu «schwererem Geschütz» animieren. Cannabis und Marihuana sowie gewisse «Partydrogen» sprechen vor allem die Jungen an.

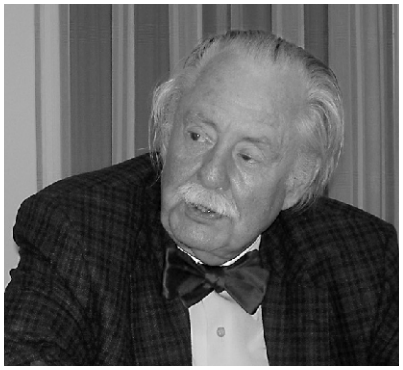
Leider haben die Eidgenössischen Räte kürzlich für einige Verwirrung gesorgt, als sie den Anbau von CBD-Hanf (angeblich mit nur beruhigender und schmerzlindernder Wirkung) und den Eigengebrauch toleriert haben. So werden die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität verwischt, und für die Strafverfolgungsbehörden wird es viel schwieriger, an die Händler heranzukommen. Auch die geplanten Cannabisversuche (u.a. in Zürich in Zusammenarbeit mit Apotheken) mit bis zu 20-prozentigem THC-Gehalt sind inkonsequent und der falsche Weg. Im Strassenverkehr gilt Null-Toleranz bei Alkohol – bei Cannabis-Versuchsteilnehmern gilt ein anderes Recht: Fahrausweise müssen nicht abgegeben werden.

Unsere Kinder schützen

Cannabis darf nicht unterschätzt werden, gerade auch aufgrund der psychischen Störungen, welche ausgelöst oder verstärkt werden. Es ist unsere Pflicht, auch unsere Nachkommen vor Drogen zu schützen. Neben dem wichtigen Jugendschutz beugt dies auch der Überlastung der Gesundheitssysteme vor. Oberstes Ziel – auch gegenüber sogenannt weichen Drogen und Einstiegsdrogen – muss stets die Suchtprävention, der Schutz der Gesunden und die Suchtfreiheit sein. Die Verharmlosung der Rauschgifte bringt uns nicht weiter. +

Kalter Krieg

Russen gegen Sowjets



Friedrich-Wilhelm Schlomann
Königswinter/Bonn (D)

Ab 1951 fanden Schüler in der DDR in der Nähe sowjetischer Truppenübungsplätze bunte Zettel mit fremdartigen Buchstaben und stellten fest, dass im Westen russische Emigranten-Organisationen das Sowjetsystem bekämpften. Sie übergaben diese Flugblätter indes nicht der Stasi, sondern versteckten sie heimlich trotz aller damit verbundenen Gefahren. Im Laufe der Jahre stieg ihre Sammlung auf 292 verschiedene Flugblätter, viele kamen auch von deutschen Widerstandsgruppen in West-Berlin. Allen gemeinsam war die Forderung nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das weitaus häufigste Wort lautete «Freiheit».

Autoren dieser Aufrufe waren unterschiedlichste Organisationen. Einmal war es «ZOPE», der «Zentralverband politischer Emigranten aus der UdSSR», welcher bis zu seiner Auflösung 1960 mit Millionen Flugblättern Aufklärung in der Sowjetarmee der DDR betrieb.

Aktiver war «NTS», der «Bund der russischen Solidaristen», welcher schon 1930 gegründet wurde. Seine eng bedruckten Papiere riefen zur Bildung von Widerstandsgruppen mit drei Vertrauten auf, gaben Anweisungen zur Herstellung eigener Flugblätter und nannten Empfangszeiten des NTS-Senders «Freies Russland». NTS gab auch Broschüren und Zeitungen heraus, die oft zur Tarnung das Deckblatt sowjetischer Publikationen trugen. Bekannt ist folgendes: Von 1951 bis 1957 verbrachte er über 97 Millionen Flugblätter, zirka sieben Millionen Zeitungen und 930'000 Broschüren primär in die DDR, aber ebenfalls in die Ostblockstaaten und die Sowjetunion. Zumeist erfolgte dies durch riesengrosse Luftballons, die über einer im Voraus bestimmbaren Gegend ihre Last (bis zu 70 kg Flugblätter auf extra dünnem Papier) buchstäblich vom Himmel fallen liessen.

Der KGB bekämpfte NTS in Westdeutschland mit Mordanschlägen und Entführungen, sein Sender bei Frankfurt am Main wurde von einem KGB-Sabotagetrupp – wenn auch nur vorübergehend – zerstört.

Ob dieser Widerstand im Untergrund mit ihren Aktionen grösseren Erfolg hatte, ist schwer zu beurteilen. Zumindest zeigte er den Offizieren und Soldaten aus Russland, dass es eine andere und weitaus bessere Welt gab als ihre Sowjet-Diktatur. +

Leserbrief

Linke Träumer

Mit dem Konflikt in der Ukraine wird wohl auch dem gutgläubigsten Schweizer klar, woher der Wind weht. Finnland hat 65 F-35 bestellt, und das Land hat wohl nicht die Finanzkraft der Schweiz. Das Verhalten der Linken zeigt einmal mehr, wie verbohrt diese Leute sind. Sie sind für alles, was unserer Gesellschaft und Wirtschaft schaden kann und träumen von einer anderen Welt. Die ganze gigantische Umverteilung wird eines Tages unsere wirtschaftlichen Aktivitäten und damit unseren Wohlstand reduzieren. Bereits heute investiert unsere Wirtschaft mehr Geld im Ausland als bei uns. Weder Nestlé noch UBS oder Roche brauchen die Schweiz. Sie sind nur noch aus Folkloregründen hier und ermöglichen damit den linken Träumern ihre Fürze. Diese haben aber unserer Armee damit sehr geschadet – auch weil die Bürgerlichen mit der Reduktion der Militärausgaben lieber die Sozialleistungen ausbauten, was der Wiederwahl ja gedient hat. Vaterschaftsurlaub anstatt Panzer.

Rene Gubler
Ex-Motf Of Stab Flab Rgt 7

Einladung zum Fachreferat von Divisionär aD Peter Regli
Der ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Wie weiter mit der Ukraine, Putin und Xi?»

Donnerstag, 13. Oktober 2022, in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Es laden herzlich ein:
Die Vereinigung **Pro Libertate** www.prolibertate.ch
und das **Parteiunabhängige Informationskomitee PIKOM** www.pikom.ch

Gesellschaft

Sturmwarnung vor heimtückischer Gemütlichkeit

Dr. rer. pol. Roland Burkhard
Bern

Wir erleben seit einigen Jahrzehnten einen epochalen gesellschaftlichen Wandel. Ausgelöst durch ein politisches Seilziehen um Grundwerte, um zwei diametral entgegenstehende Staats- und Gesellschaftsmodelle: die Sozialisierung oder die Individualisierung. Der staatspolitische Trend geht klar Richtung Sozialisierung, was sich leider zunehmend stärker auf das individuelle Verhalten der Bevölkerung auswirkt.

Das bequeme Modell der Sozialisierung (Basis: Staat, Gesellschaft), bei dem der Staat für alles sorgt, bedeutet Entmündigung der Bürger und Einschränkung der Freiheiten und ist höchst kostenintensiv. Der Staat sorgt zwar für alles, schreibt aber auch jedem alles vor. Dieser Vorsorgestaat, diese Haltung, dass für alles und jedes Bedürfnis genügend Geld vorhanden ist, basiert auf dem Prinzip des grosszügigen Geldausgebens, denn Geld sei ja angeblich genügend vorhanden; das fördert das Schuldenmachen (Ignorieren der Schuldenbremse, wenn nötig mit Rückgriff auf Steuererhöhungen oder die Nationalbankreserven).

Die Sozialisierung führt zu einer staatlichen Vorschriftswut, zu einer enormen Regulierungsdichte, zur Paternalisierung menschlichen Verhaltens (staatliche Verhaltens- und Ernährungsvorschriften seitens des BAG etc.), somit zu einer ausufernden Bürokratisierung und einer teuren Aufblähung des Verwaltungsapparats. Die Staatsquote ist in konstanter Erhöhung. Die Freiheit der Individuen wird eingeschränkt.

Die Individualisierung

Das Modell der Individualisierung (Basis: Individuum, Familie, Markt) beruht auf dem Prinzip der Eigenverantwortung. Der mündige Bürger soll primär selber für sein Dasein sorgen. Die Preispolitik ist Sache des Marktes, d.h. von Angebot und Nachfrage. Der Staat soll nur dort intervenieren wo unbedingt nötig. Dieses Modell ist punkto Staatsausgaben weitaus kostengünstiger. Das Prinzip beruht darauf, dass man in guten Zeiten möglichst sparen sollte, um für schlechtere Zeiten vorzusorgen. Das limitiert die Bürokratisierung, die Staatsquote bleibt tiefer. Die Freiheit der Individuen bleibt erhalten.

Das Sozialisierungsmodell nimmt überhand…

Leider nimmt zusehends das Sozialisierungsmodell überhand und beeinflusst respektive diktiert mehr und mehr auch das individuelle Verhalten der Bevölkerung. Die staatliche Sozialisierung führt dazu, dass man zunehmend nur noch Rechte beansprucht. Will heissen: Man lässt es sich gemütlich sein, denn der Staat wird im Bedarfsfall schon vorsorgen, sei es punkto eigener Lebenshaltung, Arbeitverhältnisse, Altersvorsorge, Gesundheit etc.

Das Individualisierungsmodell (Eigenverantwortung) beruht auf dem Prinzip, dass der einzelne Bürger nicht nur Rechte beansprucht, sondern auch Pflichten erfüllt. Dies dadurch, dass er selber für sich sorgt, aktiv etwas tut (punkto Lebenshaltung aufgrund der eigenen Einkommensverhältnisse, Sparen fürs Alter, Gesundheit, Arbeitsmarkt etc.).

Quo vadis? Foto: pixabay.com

Denn…

…wer gibt sein Geld heutzutage nicht gerne aus für Ferien, Luxuskäufe etc., statt zu sparen? Wenn es finanziell dann nicht reichen sollte, beansprucht man die grosszügige staatliche Sozialhilfe;

…wer sorgt sich noch um die eigene Gesundheit und seine Kosten? Die Krankenkasse bezahlt ja alles; zudem zahlt ja der Staat die stetig steigenden Prämien zusehends voll oder teilweise;

…wer strengt sich noch an, um individuell durch bessere oder höhere Arbeitsleistungen einen höheren Lohn zu erzielen? Man strebt stattdessen eine optimale Worklife-Balance an, d.h. nur Teilzeitarbeit mit möglichst viel Raum für Vergnügen, Freizeit und Ferien; der Staat bzw. vor allem die Gewerkschaften werden schon dafür sorgen, dass die gesamte Berufskategorie ohne Mehrleistung bessergestellt wird;

…wer will denn noch dreckige, arbeitsintensive oder sonst wie unangenehme Arbeiten verrichten, wenn man dafür ausländisches Personal und Grenzgänger einsetzen kann? Die daraus resultierenden Migrationsprobleme wird der Staat schon lösen;

…wer will denn heutzutage nicht auch noch bis ins hohe Alter studieren (statt arbeiten zu gehen?), möglichst Geisteswissenschaften. Ungeachtet der mangelnden Eignung und Fähigkeiten. Falls nötig setzt man dafür staatlich die Anforderungen für die nötigen Zulassungs- und Abschlussprüfungen einfach tiefer an. Doch der «Soziologieprofessoren» haben wir beileibe schon genug; was uns fehlt sind vielmehr tüchtige Handwerker;

…wer will seine Kinder heute denn noch selber erziehen? Viel

besser ist es doch, sie möglichst schon ab Geburt in einen Kinderhort, in eine Kita abzuschieben: mehr Freizeit. Zudem: Die elterliche Eigenerziehung ist lästig und aufwendig und man bezahlt sie selber, während die Kitas staatlich subventioniert und zusehends gratis sind. Die Beispiele liessen sich beliebig vermehren.

Populismus?

Für eine grenzenlose Sozialisierung mit entsprechender Ausgabenpolitik treten die Parteien SP und Grüne ein. Leider auch die mehrheitlich links tickende GLP und die einst «bürgerlich» orientierten Parteien CVP (heute: Die Mitte) und FDP. Als einzige Partei warnt die SVP vor allzu grosser Ausgabenfreudigkeit. Sie möchte die heutige Ausgabenfreudigkeit bremsen und vermehrt demokratischer Kontrolle unterwerfen (via Parlament und wenn möglich durchs Volk). Doch ausgerechnet ihr wird regelmässig Populismus vorgeworfen. Aber ist denn nicht vielmehr der Sozialisierungstrend der anderen Parteien, der jede zusätzliche teure Staatsausgabe für problemlos bezahlbar erklärt, weitaus populistischer?

Dieser Trend ist gefährlich

Dieser Sozialisierungstrend ist nicht nur gesellschaftlich zweifelhaft, sondern auch superteuer. Denn wer bezahlt dafür, dass auf staatliches Geheiss hin mehr und mehr Eigenkosten auf einfachstem Wege auf die Gesellschaft abgewälzt werden können? Wo findet man die nötigen Finanzen? Durch Weiterreichung der Schulden an künftige Generationen? Durch Anzapfung der Nationalbankreserven? Oder mittels Steuererhöhungen? Doch aufgepasst: Steuern bezahlen heutzutage nur noch Gutsituierte. In Genf beispielsweise zahlen bereits heute 36% der Bevölkerung überhaupt keine Steuern mehr. In anderen Kantonen sieht es nicht viel besser aus. Und schweizweit zahlt rund ein Drittel der Bevölkerung seine Krankenkassenprämien nicht mehr selber oder nur noch teilweise; das übernimmt dann der Staat.

Was tun?

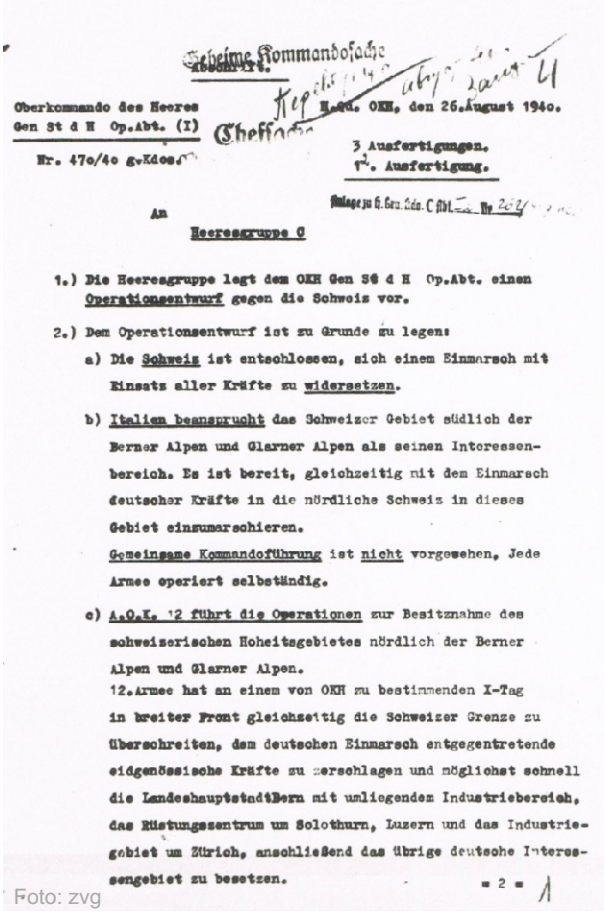
Abhilfe zu schaffen ist schwierig. Es geht uns insgesamt (noch) zu gut. Der gesellschaftliche Leidensdruck und die Leidensbereitschaft sind (noch) zu tief, um ein Umdenken herbeizuführen. Wir suhlen uns in unserer Wohlstandsverwahrlosung. Dies im Gottvertrauen, dass alles so bleiben wird wie es ist. Und schlimmer noch: Wir erziehen respektive verwöhnen unsere Kinder aus purer Bequemlichkeit ohne jegliche Verhaltens- und Leistungsforderungen zu einer grenzenlosen, mitunter ins aggressiv Arrogante abgleitenden Anspruchshaltung. Somit wird es künftig zumindest kurzfristig kaum besser werden. Wer dagegen etwas einzuwenden hat, hat es heutzutage schwer, gilt er doch als Populist. Diese Geisteshaltung betrachte ich persönlich mit grosser Skepsis. Lange kann das nicht gut gehen. Irgendwann kommt dann der Crash. +

Zweiter Weltkrieg

Angriffsziel Schweiz

Unter dem Decknamen «Operation Tannenbaum» plante Hitlers Wehrmacht den Einmarsch in die Schweiz. Der Auftrag wurde zwei Wochen nach Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich, Italien und der Schweiz erteilt. Die Reduit-Strategie war eine strategisch-taktische Glanzleistung. Die Schweizer Armee war damals die Einzige in Europa, die nach Kriegsausbruch den Mut aufbrachte, die Armee umfassend umzugruppieren. Alle anderen liessen sich überrennen resp. einkesseln.

Hans von Atzigen, Spreitenbach AG



Geheime Kommandosache

Oberkommando des Heeres
Gen St d H Op.Abt. (I)
Nr. 470/40 g.Kdos.

H.Qu. OKH, den 26.August 1940.

Chefsache

3 Ausfertigungen.
1. Ausfertigung.

Anlage zu G.Gru.Kdo. C Abt. Nr. 202/

An
Heeresgruppe C

1.) Die Heeresgruppe legt dem OKH Gen St d H Op.Abt. einen Operationsentwurf gegen die Schweiz vor.

2.) Dem Operationsentwurf ist zu Grunde zu legen:

a) Die Schweiz ist entschlossen, sich einem Einmarsch mit Einsatz aller Kräfte zu widersetzen.

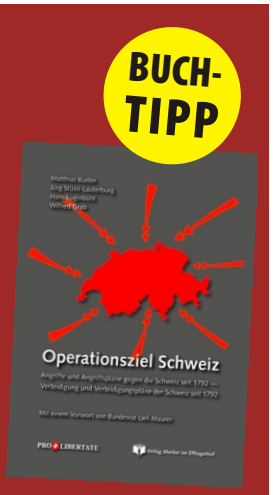
b) Italien beansprucht das Schweizer Gebiet südlich der Berner Alpen und Glarner Alpen als seinen Interessenbereich. Es ist bereit, gleichzeitig mit dem Einmarsch deutscher Kräfte in die nördliche Schweiz in dieses Gebiet einzumarschieren.
Gemeinsame Kommandoführung ist nicht vorgesehen. Jede Armee operiert selbständig.

c) A.O.K. 12 führt die Operationen zur Besitznahme des schweizerischen Hoheitsgebietes nördlich der Berner Alpen und Glarner Alpen.
12.Armee hat an einem von OKH zu bestimmenden X-Tag in breiter Front gleichzeitig die Schweizer Grenze zu überschreiten, dem deutschen Einmarsch entgegentretende eidgenössische Kräfte zu zerschlagen und möglichst schnell die Landeshauptstadt Bern mit umliegendem Industriebereich, das Rüstungszentrum um Solothurn, Luzern und das Industriegebiet um Zürich, anschließend das übrige deutsche Interessengebiet zu besetzen.

= 2 =

Foto: zvg

Die Schweiz der vergangenen 200 Jahre war immer wieder das Ziel von ausländischen Operationsplänen, welche bis 1815 gelegentlich ausgeführt wurden. Seither sind sie Papier geblieben, was aber in keiner Art und Weise ihre Ungefährlichkeit belegt. Das Buch «Operationsziel Schweiz» zeigt die Geschichte dieser Planspiele auf.



Bestell-Talon siehe Seite 8

Sold und Solderhöhung

Dr. Roland Haudenschild
Spiegel bei Bern

Die finanzielle Entschädigung von Armeeangehörigen im Dienst besteht aus Sold, Soldzulagen und Erwerbsersatz (EO). Der Sold richtet sich einzig nach dem militärischen Grad. Wer befördert wird, hat ab dem Gültigkeitsdatum der Beförderung Anrecht auf den höheren Sold. Diesen Sold erhalten die Angehörigen der Armee ab dem 1. Januar 1987:

Rekrut	Fr. 4.00
Soldat	Fr. 5.00
Gefreiter	Fr. 6.00
Obergefreiter	Fr. 6.50
Korporal	Fr. 7.00
Wachtmeister	Fr. 8.00
Oberwachtmeister	Fr. 8.50
Feldweibel	Fr. 9.00
Fourier	Fr. 9.50
Hauptfeldweibel	Fr. 9.50
Adjutantunteroffizier	Fr. 10.00
Stabsadjutant	Fr. 11.00
Hauptadjutant	Fr. 11.50
Chefadjutant	Fr. 11.50
Leutnant	Fr. 12.00
Oberleutnant	Fr. 13.00
Hauptmann	Fr. 16.00
Major	Fr. 18.00
Oberstleutnant	Fr. 20.00
Oberst	Fr. 23.00
Brigadier	Fr. 25.00
Divisionär	Fr. 27.00
Korpskommandant	Fr. 30.00

Der Sold von Armeeangehörigen soll an die Kaufkraft angepasst und regelmässig überprüft werden. So verlangt es der Nationalrat mit einer Motion aus der SVP-Fraktion, die er im Juni 2021 angenommen hat. SVP-Nationalrat David Zuberbühler (Fourier) machte geltend, dass der Sold 1987 das letzte Mal angepasst worden sei. Eine Anpassung ans heutige Preisniveau sei daher überfällig. Sicherheit sei keine Selbstverständlichkeit, aber Voraussetzung für Wohlstand und für eine gut funktionierende Gesellschaft. Und der Sold sei ein Zeichen der

Foto: © VBS/DDPS

Wertschätzung gegenüber den Armeeangehörigen.

Der Bundesrat beantragte ein Nein zur Motion. Er verwies in seiner ablehnenden Stellungnahme auf die symbolische Bedeutung des Soldes auf die laufend der Teuerung angepassten Entschädigungen aus der EO. Überdies erhielten die Armeeangehörigen während ihres Dienstes freie Kost und Logis. Eine Anpassung des Soldes an die Kaufkraft würde – alle Dienstgrade eingerechnet – rund 15 Millionen Franken pro Jahr kosten. Weil auch der Sold beim Schutzdienst und beim Zivildienst angepasst werden müsste, müssten Bund, Kantone und Einsatzbetriebe mit Kosten von weiteren 5 Millionen Franken rechnen.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK) beantragte im November 2021 ihrem Rat, die Motion anzunehmen und folgte damit dem Beschluss des Nationalrates. Die Kommissionsmehrheit hält fest, dass dem Sold eine symbolische Bedeutung zukommt, da die monetäre Entschädigung der Dienstleistenden über den Erwerbsersatzausgleich erfolgt. Die Solderhöhung würde zwar bescheiden ausfallen, wäre aber ein Zeichen der Anerkennung gegenüber den Dienstleistenden. Die Mehrheit erachtet den Zeitpunkt für eine Solderhöhung als gekommen, da der Sold ansonsten längerfristig wohl abgeschafft werden müsste. Die letzte Solderhöhung geht auf das Jahr 1987 zurück. Gemäss der Kommissionsmehrheit könnte mit einer Solderhöhung daher ein positives Zeichen gegenüber den Dienstleistenden gesetzt werden. Die mit einer solchen Erhöhung verbundenen Kosten erachtet sie als vertretbar. In den Augen der Kommissionsminderheit sollte eine allfällige Solderhöhung im grösseren Rahmen der Arbeiten zur Alimentierung der Armee und des Zivilschutzes angegangen werden und keine isolierte Massnahme darstellen. Die Wertschätzung der Dienstleistenden werde durch gute Rahmenbedingungen wie zum Beispiel eine moderne Ausbildung zum Ausdruck gebracht. Die beantragte Solderhöhung würde nur eine geringe Wirkung entfalten, aber beträchtliche Kostenfolgen für Armee, Kantone und Einsatzbetriebe haben.

Die Kommission war sich bewusst, dass aufgrund der geltenden Rechtsgrundlagen die Erhöhung des Soldes der Angehörigen der Armee auch eine entsprechende Erhöhung des Soldes der Zivilschutzleistenden und des Taschengeldes der Zivildienstleistenden nach sich ziehen wird. An ihrer Sitzung vom August 2021 hatte die Kommission das VBS beauftragt, eine Übersicht über sämtliche Entschädigungsleistungen an die Armee, den Zivilschutz und den Zivildienst zu erstellen. So konnte die Kommission die verschiedenen Leistungen vergleichen und evaluieren, welche finanziellen Auswirkungen eine Annahme der Motion hätte.

Das Parlament beauftragte letztendlich den Bundesrat, den Sold für Dienstleistende an das heutige Preisniveau anzugleichen. Weiter muss der Bundesrat regelmässig prüfen, ob der Sold noch eine angemessene Kaufkraft ausweist. «Nach über 30 Jahren ist es längst überfällig, den Sold an das heutige Preisniveau anzugleichen», begründete Nationalrat Zuberbühler seinen Vorstoss. Die Eidgenössischen Räte folgten dieser Argumentation. +

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, 3018 Bern-Bümpliz. **Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, Tel. 031 332 57 84, Fax 031 981 39 82, E-Mail info@prolibertate.ch, Website: www.prolibertate.ch. Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Der Vorstand:** Grossrat, Stadtrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz; Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger (Vizepräsident), 4900 Langenthal; Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen; Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen; Stadtrat Janosch Weyermann (Beisitzer), 3018 Bern, Grossrätin und Stadträtin Sandra Schneider (Beisitzerin), 2502 Biel/Bienne.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende auf PC 30-26847-0 (IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0) oder auf das WIR-Konto IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0.

Statue du Christ-Roi, Lens VS

Oberhalb von Sion ragt auf der Colline du Châtelard die 15 Meter hohe Christus-König-Statue in den Himmel. Eingeweiht wurde das Monument am 22. September 1935, symbolträchtig hoch über dem Rhonetal platziert. Foto: David Herzig

Linke Verhinderungs-Initiative eingereicht

Die von SP, Grünen und GSoA getragene «Stop F-35» Initiative wurde am 16. August 2022 nach langer Hinhalte-Taktik doch noch eingereicht. Trotz grossem medialem Rummel sind dabei «nur» 103'000 gültige und beglaubigte Unterschriften zusammen gekommen. **Der Wind hat gedreht. Das Volk hat sich bereits zum Kauf neuer Kampfjets entschieden.** In der Evaluation hat sich der F-35 als das geeignetste Modell herausgestellt. Für PRO LIBERTATE ist diese linke Verhinderungs-Initiative kein Grund, am Fahrplan zu rütteln. Weitere Verzögerungen sind aus demokratie- und auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen nicht angebracht!

Die Bestrebungen und Ziele von PRO LIBERTATE für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich!

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- ☐ **als Mitglied**
  Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- ☐ **als Gönner**
  Jahresbeitrag Fr. 100.–
- ☐ **als Sympathisant**
  Beitrag nach freiem Ermessen

Bestellen Sie jetzt die DVD «Das Réduit»

Literatur* zum Bestellen – bitte senden Sie mir:

..... Expl. **DVD «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **USB-Stick «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **«Operationsziel Schweiz»** zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 39 Franken)
..... Expl. **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Spezialpreis von 49 Franken (statt Fr. 79.–)
..... Expl. **General-Guisan-Gedenkmünze: «Ernennung zum General vor 80 Jahren» inkl. Broschüre** zum Spezialpreis von 25 Franken
..... Expl. **«F-35A» – Faktenblatt zum geplanten neuen Kampfflugzeug** (kostenlos)
..... Expl. **«Freier Fels in brauner Brandung»** zum Spezialpreis von Fr. 29.– (statt Fr. 39.–)
..... Expl. **«Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Armee – Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee?»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Billig-Armee – im Hybrid-Modus von Bundesrätin Viola Amherd»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Marignano 1515–2015»** zum Sonderpreis von 29 Franken
..... Expl. **«Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer»** zum Preis von 29 Franken
..... Expl. **«Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges»** zum Preis von 19 Franken
..... Expl. **«Fauvette – Die stille Front»** zum Preis von 9 Franken
..... Expl. **«Nacht und Licht»** zum Spezialpreis von 25 Franken (statt 35 Franken)
..... Expl. **«Die Gotteskrieger – Die unterschätzte Bedrohung»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?»** zum Spezialpreis von 24 Franken (statt 30 Franken)
..... Expl. **«Identität Schweiz»** zum Preis von 10 Franken

**zzgl. Porto und Verpackung*

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____ 5/22

Einsenden an:
PRO LIBERTATE
3052 Zollikofen
oder per Email:
info@prolibertate.ch
www.prolibertate.ch